

**Rede
der Sprecherin für Ernährung, Landwirtschaft und
Fischereipolitik**

Karin Logemann, MdL

zu TOP Nr. 25b

Aktuelle Stunde

**Düngerecht 2.0: Niedersachsens Landwirte haben
geliefert – jetzt muss das Verursacherprinzip kommen!**

Antrag der Fraktion der CDU – Drs. 19/7242

während der Plenarsitzung vom 22.05.2025
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

„Düngerecht 2.0: Niedersachsens Landwirte haben geliefert – jetzt muss das Verursacherprinzip kommen!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, also ehrlich, wo bitte gibt es denn da zwei Meinungen???

„Düngerecht 2.0“ meinetwegen, ist ja modern, alles immer mit dem nächsten Level zu versehen – können wir gerne machen – Haken dran.

Niedersachsens Landwirt:innen haben geliefert: Absolut, unsere Landwirt:innen stellen sich der Herausforderung. Sie managen ihre Betriebe entsprechend, stellen sich wissenschaftlichen Erkenntnissen, kooperieren mit unterschiedlichsten Stellen, sie sind gegenüber Experimenten immer aufgeschlossen, nehmen an Projekten teil, geben Wirtschaftsdünger in Ackerregionen ab, haben einen enorm angewachsenen Bürokratieaufwand, lassen sich beraten, tragen Verantwortung.

Das ist gar nicht hoch genug anzuerkennen.

Der aktuell vorgestellte 12. Nährstoffbericht zeigt, dass wir auf einem guten Weg sind. In dem Bericht finden sich Grunddaten zum Düngbedarf der Pflanzen, dem Dung- und Nährstoffanfall aus der Tierhaltung, dem Gärrestanfall aus den Biogasanlagen sowie der landbaulichen Klärschlammverwertung.

Dazu sind die Importe von Wirtschaftsdüngern aus anderen Bundesländern, den Niederlanden sowie die Exporte in andere Bundesländer bzw. dem Ausland ausgewiesen.

Des Weiteren sind gemeldeten Daten bezüglich der erfolgten Verbringungen von Wirtschaftsdüngern und Gärresten innerhalb Niedersachsens und dem Wirtschaftsdüngerinput in die Biogasanlagen dargestellt.

Darüber hinaus können detaillierte Informationen zu den Meldungen speziell aus der Region Weser-Ems sowie die primären Abgaben der Biogasanlagen, Düngemittelhersteller, gewerblichen Tierhalter und landwirtschaftlichen Betriebe an Aufnehmer auf Kreisebene, aufgeschlüsselt nach der Wirtschaftsdüngerart entnommen werden.

Mit unserem Meldeprogramm ENNI – ENNI steht dabei für Elektronische Nährstoffmeldung und umfasst die Meldung der Düngbedarfsermittlung, der Düngedokumentation und die Berechnung der betrieblichen N-Obergrenze (170 N-

Grenze) – verfügt Niedersachsen über ein hervorragendes Instrument für Transparenz, Übersicht und Kontrolle von Nährstoffzu- und Nährstoffabfuhr.

Unsere Beratungs- und Kontrollsysteme funktionieren, hier geht mein Dank auch an unsere Düngbehörde und an unsere Landwirtschaftskammer, die einen hervorragenden Job für uns alle machen.

„Jetzt muss das Verursacherprinzip kommen“ – ganz genau – das fordern wir aus Niedersachsen heraus, seit die EU mit einem Vertragsverletzungsverfahren um die Ecke kam, das war 2017

Ich wüsste nicht, dass sich an dieser Haltung etwas geändert hat. Seitdem gibt es ein Ping-Pong zwischen dem Bund und den Ländern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hätten schon seit 2020 mit dem Verursacherprinzip arbeiten können, wäre da nicht eine Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner gewesen.

Ich zitiere aus einer Pressemeldung von mir vom 19. Februar 2020:

„In Niedersachsen haben sich Umweltminister Lies und Landwirtschaftsministerin Otte-Kinast gemeinsam für eine Lösung stark gemacht, die die Emissionen des einzelnen Betriebs in den Fokus nimmt und deshalb wirksamer und gerechter ist. Diese Lösung wird von beiden Ministern gegenüber Berlin vertreten.

Bei ihrem heutigen Besuch in Niedersachsen hat Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner nun diesen sinnvollen Bestrebungen im vorausweisenden Gehorsam eine Absage erteilt, und zwar bevor sich die zuständige EU-Kommission dazu geäußert hat. Damit verweigert sich die Bundeslandwirtschaftsministerin einer sachlichen und differenzierten Lösung dieses wichtigen Problems und stellt sich dem niedersächsischen Vorschlag in den Weg.“ Zitat Ende.

Ja, was soll ich sagen: nicht gut gelaufen, gar nicht gut gelaufen!

Da wäre es auch an ihnen gewesen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, mehr Dampf zu machen in unserer schönen Bundeshauptstadt, bei ihrer Ministerin a.D. Sie hatten dafür den vollen Rückhalt aus Niedersachsen. Sei's drum.

Aufgeben ist keine Alternative, unsere Landwirtinnen und Landwirte setzen auf uns. Also weitermachen und kämpfen für das Verursacherprinzip. Nehmen wir einen neuen Anlauf mit einer neuen Bundesregierung und einem neuen Bundeslandwirtschaftsminister.

Wir bleiben dran. In den Regionen, in denen ein Überschuss besteht oder dort, wo Rote Gebiete sind, die nicht nachvollzogen werden können, muss weiterberaten und geforscht werden. An der Stelle danke ich unserer Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte, die die Akteure am „Runden Tisch“ hat. Dialog ist das A und O.

Mehr Augenmerk darf auch daraufgelegt werden, welche weiteren Verursacher Wasserverunreinigungen unserer Gewässer auslösen. So berichtet *Top Agrar* am 19. Mai dieses Jahrs, dass Glyphosat in Kläranlagen im Grundsatz aus Waschmittelzusätzen entstehen könne, soweit das Ergebnis aktueller Studien.

Wir müssen unser Wasser schützen, für uns, für nachfolgende Generationen, dass wissen wir alle und das eint uns auch.

Sehr geehrte Damen und Herren, die SPD steht für das Verursacherprinzip!

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit